

Haushaltsrede 2019 – vollständiger Text

von ALWIN BURTH, SPD Fraktionsvorsitzender im Gemeinderat Wangen

Sehr geehrte Frau Winder,

sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Lang,

meine Damen und Herren,

auch von unserer Seite vielen Dank für die Vorlage des Haushalts 2019. Danke für ihre Zeit für Erörterungen und Nachfragen.

Im Vorspann möchte ich ein paar Meinungsäußerungen zitieren, die ich im Lauf der Vorberatungen notiert habe.

Sie Herr Lang haben im Zusammenhang mit der Höhe der Kreisumlage den Haushaltsplan des Kreises in der Vorberatung „als unnützig“ und das Zahlenwerk als „politische Zahlen“ bezeichnet.

Im Hinblick auf die in Wangen begonnenen und geplanten Investitionen wurden sie in der SZ vom 04.12. mit den Worten zitiert „das ist mehr, als eine Stadt unserer Größenordnung guten Gewissens verkraften kann“.

Die Schwäbische Zeitung hat in ihrer Ausgabe vom 06.12.18 den Haushaltsplan der Stadt treffend zusammengefasst. „ Die Steuern sprudeln, aber Schulden steigen“

Das Rechnungsergebnis 2017 liegt uns als Entwurf vor, ist aber nicht verabschiedet.

In der Prognose für 2018 ist keine Schuldenaufnahme und keine Rücklagenentnahme erforderlich, entgegen des Plans. Es wurde mit 12,5 Mio viel gebaut aber doch fast 4 Millionen weniger, als geplant. Es stehen aber auch höhere Einnahmen durch höhere Steuereinnahmen zur Verfügung. Unsere Einschätzung von vor einem Jahr, dass die Planzahlen nicht belastbar sind, hat sich bestätigt.

An dieser Stelle möchten wir uns bei allen Steuerzahlern bedanken. Egal ob Gewerbe, Einkommen oder Konsumsteuer, alle haben zu dem hohen Steueraufkommen beigetragen. Die hohe Steuerkraft ist bedingt durch das hohe Beschäftigungsniveau und die seit Jahren gute Konjunktur.

Der neue Haushaltsplan ist nach dem gleichen Grundkonzept, wie die Vorgänger gestrickt. Hohe Investitionen, Einnahmen konservativ geschätzt, Rücklagenentnahme, Schuldenaufnahme. Von einem ausgeglichenen Haushaltsplan, ohne Schuldenaufnahme sind wir weit entfernt.

Eine Einschätzung der Planungsreife der Projekte ist uns nicht möglich, dadurch ist auch unsicher, ob die eingeplanten Gelder in 2019 wirklich abfließen können.

Die Abschreibungen sind wie im Vorjahr für uns undurchsichtig. Dies liegt unter anderem an der fehlenden Eröffnungsbilanz.

Zwischenzeitlich wurde die Kreisumlage gesenkt. Dadurch ergeben sich für die Stadt weniger Ausgaben als geplant.

Die uns versprochene Bilanz der doppischen Haushaltsführung, also die Aussage ob das Vermögen der Stadt sinkt oder steigt, ist für uns aus dem vorliegenden Werk nicht ersichtlich.

Personalwesen

Zu den herausragenden Neuerungen des Jahres 2018 im Bereich der Verwaltungsstruktur gehört die Nichtbesetzung der Beigeordnetenstelle und die damit verbundene Umstrukturierung der Verwaltung.

Die Zusammenfassung der technischen Ämter unter einem Dezernat halten wir für richtig. Wir hatten schon länger darauf hingewiesen, dass der bisherige Zuschnitt nicht optimal ist. Wir erwarten uns eine Steigerung bei Effizienz und Kompetenz. Die technischen Ämter sind in den letzten Jahren durch die vielen baulichen Maßnahmen auch personell gewachsen.

Die baulichen Maßnahmen im Zusammenhang mit der Landesgartenschau werden noch viel Arbeit mit sich bringen.

Bedenken haben wir im Hinblick auf die Machtfülle des Oberbürgermeisters. Eine unmittelbare Kontrolle ist nicht mehr gegeben. Alle Ressortleiter sind nicht parlamentarisch gewählt, sondern angestellt oder beamtet und weisungsgebunden. Eine parlamentarische Kontrolle findet erst im Gemeinderat statt. Wir werden als Gemeinderäte darauf ein sehr kritisches Auge haben.

Große Bedenken haben wir, was die Nicht Änderung der Hauptsatzung anbelangt. Wir möchten, dass diese zeitnah angepasst wird, sobald die Umstrukturierung vollzogen ist und sich als tauglich erwiesen hat.

Ein differenzierter Einblick in das Personalwesens ist für uns schwierig. Deshalb müssen wir uns darauf verlassen können, dass das vorhandene Personal effizient arbeitet. Dies gilt auch für die Ortschaften.

Wir sind für gute Bezahlung und gute Arbeitsbedingungen. Berufliches Weiterkommen durch Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen ist uns wichtig. Die Einführung eines Personalentwicklungsplans und von Controlling war eine SPD Forderung aus dem Jahre 2016. Mit Frau Vollmer haben wir hier in der Verwaltung eine Kraft bekommen, die diesen Bereich deutlich weiterentwickelt hat.

Investitionen

Bei den Investitionen handelt es sich vielfach um beschlossene und teilweise schon begonnene Maßnahmen, die wir mitgetragen haben.

Bei vielen Projekten ist jedoch Stand heute der Planungsstand aus unserer Sicht unklar und somit der Mittelabfluss nicht sicher kalkulierbar.

Das Budget für den Gebäudeunterhalt halten wir für sinnvoll und ausreichend.

Gegebenfalls sollten wir Gebäude abgeben, die wir nicht dringend gebrauchen, oder die leer stehen.
z. B. GEG Gebäude

Beim Spital sollten wir Leerstand vermeiden. Der Einbau eines Kindergartens wird das Haus beleben. Eine vom Parksuchverkehr befreite Altstadt wäre dabei auch für die Sicherheit der spielenden Kinder von Vorteil. Das gilt auch im Hinblick auf eine verminderte Abgasbelastung.

Als Zwischenlösung sollten wir die Belegung des bewohnbaren Teils für Flüchtlinge und andere einfache Unterkünfte vorsehen. Wir hatten dies bereits bei den Beratungen 2017 gefordert. Dies ist teilweise realisiert, aber es gibt noch weiteres Potential.

Wir investieren viel Geld in Kindergärten und Schulen. Das sind unsere Pflichtaufgaben.

Das Sanierungsprogramm für Schulen hat die SPD im Bund in den bestehenden Koalitionsvertrag geschrieben. Die Fördergelder in Höhe von mehr als 3 Millionen Euro tun uns bei der Sanierung der Realschule gut.

Wir erhalten Fördergelder vom Bund für das ERBA Areal aus SPD geführten Ministerien. Nationale Projekte des Städtebaus und das Programm Soziale Stadt.

Wies schon in den Vorjahren glauben wir, dass nicht alle Bauprojekte so wie geplant abgearbeitet werden können. Es wird vermutlich zu Verzögerungen und Verschiebungen kommen. Die eingeplanten Schulden und Rücklagenentnahmen sind vor diesem Hintergrund unserer Meinung nach finanzielle Manövriermasse.

Nicht mitgetragen haben wir die geplante Verlegung des Wohnmobilstellplatzes auf den jetzigen Parkplatz rote Erde. Wir hoffen, dass es uns bei den weiteren Planungen nicht so geht, wie beim Kunstrasenplatz im Ebnet und uns die Kosten davonlaufen.

Die geplante Brücke Bad Brühl ist auf ihren tatsächlichen Nutzen gründlich auf die Probe zu stellen. Erst abklären, ob und wie Bedarf besteht, von Deuchelried aus, wie auch von Wangener Bürgern her. Als Schulweg von Deuchelried ist der Weg durch den Tobel völlig ungeeignet.

Bei unserer öffentlichen Diskussion des Wangener Haushaltsplans am vergangenen Mittwoch wurde das von Bürgern genau so gesehen.

Leben

Wir fordern den Einstieg in ein gebührenfreies Kindergarten oder KITA Jahr. Vor kurzem wurde das Gute KITA Gesetz verabschiedet mit einem Volumen von 5,5 Milliarden Euro. Eine SPD Forderung im aktuellen Koalitionsvertrag. Das Geld vom Gute KITA Gesetz wird unseren HH zusätzlich entlasten. Das Geld darf nicht im allgemeinen HH versickern und damit für andere Projekte zur Verfügung stehen, sondern muss bei den Familien als Entlastung ankommen. Das geht nur durch die Einführung eines gebührenfreien KITA /KIGA Jahres auch in unserer Gemeinde. Wir fordern die Verwaltung auf, den Einstieg in ein gebührenfreies Kindergarten oder KITA Jahr zeitnah zu realisieren. Über die Vorteile einer früheren kindlichen Förderung brauchen wir uns hier nicht weiter aufzuhalten.

Wir sind für einen raschen Aus und Umbau des ÖPNV. Wir haben eine Beibehaltung des Status quo bis zum Jahr 2021 nicht mitgetragen. In den ÖPNV muss mindestens so viel Geld wie für den ruhenden Verkehr investiert werden. Einnahmen aus Parkgebühren könnten zusätzlich für den Ausbau des ÖPNV verwendet werden. Dann weiß der Autofahrer, dass er für das gleiche Geld auch den ÖPNV benutzen kann. Andere Gemeinden haben mit Erfolg die Gebühren für den Stadtbus gesenkt und im Gegenzug die Parkgebühren erhöht und so eine höhere Akzeptanz erreicht.

Die Schaffung von kostenlosen Parkplätzen darf nicht oberste Priorität in unserem verkehrspolitischen Denken sein. Sie haben sich Herr Oberbürgermeister beim Neujahrsempfang gerühmt, dass das Tiefbauamt 2018 130 neue Parkplätze geschaffen hat. Die Frage muss erlaubt sein, ob im gleichen Umfang z.B. Bushaltestellen komfortabler eingerichtet wurden?

Auch kann man darüber nachdenken, die Einnahmen aus den neu installierten Blitzern für den ÖPNV zu benutzen.

Der Parksuchverkehr muss raus aus der Innenstadt. Keine öffentlichen Parkplätze in der Innenstadt. Wir fordern, dass Parkplätze in der Innenstadt nur zum Be- und Entladen bereitgestellt werden und die Parkzeit auf maximal 15 Minuten begrenzt wird.

Die großen Busse müssen aus der Altstadt raus. Die Andienung der Innenstadt soll nach unserer Vorstellung mit einem Ringverkehr mit kleinen Bussen oder einer punktuellen Andienung am Saumarkt, Peterstor, Ritterhaus und am Martinstor erfolgen.

Wir sind für eine schnelle Verbesserung der Buslinien, nicht erst 2021. Dafür müssen Bedarfe abgefragt werden. Die Anbindung der großen Gewerbegebiete und der Dienstleistungszentren ist dringend erforderlich. Der Atzenberg wird derzeit gar nicht angefahren. Es muss in Wangen möglich sein, seinen Arbeitsplatz auch ohne PKW zu erreichen.

Die Anbindung der Ortschaften stellen wir uns nach dem Modell eines Bürgertaxis nach dem Vorbild anderer Kommunen wie z. B. von Amtzell vor.

Der überörtliche ÖPNV Verkehr muss verbessert und an die Bedarfe angepasst werden. Bei fast 1000 Pendlern nach Ravensburg täglich, was 20 vollen Bussen entspricht kann man das Potential erahnen. Von der Umweltbelastung durch Abgase ganz zu schweigen. 1000 Pendler zwischen Wangen und Ravensburg mit dem eigenen PKW bedeuten 100 Tonnen geschmolzenes Gletschereis täglich.

Unsere großen Parkplätze brauchen eine Anzeige, wie weit es zu Fuß in die Altstadt ist und den Hinweis, dass in der Innenstadt Parkplätze nur für Hol- und Bringdienste zur Verfügung stehen. Noch besser wäre eine Anzeige, wie viele Parkplätze frei sind.

Einen IC Halt in Wangen als Anschluss an den Fernverkehr dürfen wir nicht aus den Augen verlieren, auch im Hinblick auf die Landesgartenschau und die zu erwartenden Besucherströme.

Wegfallende Parkplätze in der Innenstadt sollten für zusätzliche Fahrradstellplätze genutzt werden. Das Radwegenetz muss weiter ausgebaut werden. Ladestationen für E Bikes gehören zu einer Infrastruktur einer Stadt, die mit Fahrradtourismus wirbt.

Für Fußgänger fordern wir langfristig und bei jeder anstehenden Straßensanierung ein ebenes Pflaster in der Innenstadt als 1-1,5m breites Band um die Begehbarkeit für Menschen mit Behinderung zu verbessern und langfristig die Aufenthaltsqualität der Innenstadt zu sichern. Beim Denkmalamt muss man dann eben Überzeugungsarbeit leisten. In anderen Städten geht das auch. Die Bedürfnisse der Bürger haben auf jeden Fall Vorrang.

Der Ausbau der Infrastruktur mit Glasfaser für schnelles Internet gehört zu den Pflichtaufgaben im Hinblick auf die Daseinsvorsorge und Zukunftsvorsorge der Stadt. Nutzen wir die vorhandenen Fördermaßnahmen. Angeblich sind diese bislang nur wenig abgerufen worden. Nach Abschluss der Sanierung der Wasserkraftanlage im NTW Gelände wäre dies eine sinnvolle Aufgabe der Stadtwerke.

Wir sind für den Beitritt der Stadt zum Bündnis „Kommunen für biologische Vielfalt e. V.“. Dieses Bündnis von bislang 159 Kommunen hält eine Vielzahl von Handlungsanweisungen bereit. Wir brauchen, um zu einer Wiesenstadt zu kommen das Rad nicht zwei Mal erfinden.

Auch der geplante Umbau im Friedhof St. Wolfgang könnte nach diesen Richtlinien erfolgen.

Wohnen

Wir sind für die beschlossenen Ausweisungen von neuen Wohngebieten auf der Haid, Sattelwiese, Deuchelried und Haslach. Sie erfordern trotz vereinfachtem Verfahren nach § 13b viel personellen Aufwand. Die Erschließung neuer Flächen bringt viele Betroffenheiten mit sich und entsprechend viele Einwendungen. Gerade weil Flächen knapp und aufwändig sind, muss auf einen schonenden Umgang mit Flächen und Energie geachtet werden. Dies bedeutet verdichtetes Bauen und mehrgeschossiges Bauen.

Für uns hat nach wie vor das Gelände ERBA Auwiesenweg Südring absoluten Vorrang. Wir freuen uns, dass in diesem Bereich die Erschließung bald abgeschlossen und die ersten Häuser saniert werden können.

Bezahlbarer Wohnraum kann nur durch standardisiertes Bauen erreicht werden. Alternative Wohnformen wie Mehrgenerationen Häuser, Bauherrenmodelle oder Genossenschaften sollen und wollen wir fördern durch Anpassung der städtischen Vergabekriterien. Wir fordern auch eine Vergabe-Quote für solche Bauträger. Wir sollten auch über eine Quote für sozialen Wohnungsbau pro neu ausgewiesenem Quartier nachdenken, um eine soziale Durchmischung zu fördern.

Nach dem Vorbild von anderen Städten fordern wir in den Einstieg in das Management von leerstehenden Häusern und Wohnungen. Die Ausweisung von neuen Baugebieten darf nicht das einzige Wohnbauprogramm der Stadt sein. Nach dem Vorbild anderer Städte könnten wir zum Beispiel ein Programm „Jung kauft Alt“ befördern, indem wir junge Familien beim Kauf eines alten Hauses unterstützen. Hierfür brauchen wir keinen Bebauungsplan zu erstellen, brauchen keine neue Erschließung und tun auch noch was gegen Leerstände.

Wenn es uns dann noch gelingt durch entsprechende Anreize wie Zustiftermodelle für Heimplätze oder den Bau von altersgerechten Wohnungen, dass ältere Menschen bereit sind, aus ihren teils großen Häusern auszuziehen haben wir eine win-win Situation.

Nutzen wir auch die aufgelegten Förderprogramme des Bundes und des Landes für den sozialen Wohnungsbau.

Arbeiten

Wir sind für einen moderater Ausbau des Fremdenverkehrs in Wangen. Der Tourismus hat sich als Wachstumsmarkt in Deutschland entwickelt. Die Landesgartenschau wird den Prozess in Wangen weiter beflügeln.

Nachhaltig sollten wir den Fahrradtourismus befördern. Hier sind wir auf einem guten Weg.

Wir sind für den Erhalt von landwirtschaftlichen Grünflächen als typisches Bewirtschaftungs- und Landschaftsmerkmal.

Im Bereich der NTW wünschen wir uns einen Erhalt der Gewerbeflächen. Eine Wohnbebauung sehen wir kritisch. Das Gelände ist das einzige verbliebene ausgewiesene Industriegebiet der Stadt.

Angesichts der jüngst geäußerten Forderungen der Krankenkassen nach weiterer Zentralisierung der Krankenhausstrukturen müssen wir darauf achten, dass der Standort in Wangen unbedingt erhalten und ggf ausgebaut wird.

Wir sind für die Integration der Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt. Nur wer hier Arbeit findet kann sich auch in die Gesellschaft integrieren.

Mit uns wird es keine weitere Erhöhung der Gewerbesteuer in absehbarer Zeit geben.

Wie beurteilen wir den vorgelegten Haushaltsentwurf?

Eigentlich kann ich die Schlussfolgerungen vom letzten Jahr wiederholen.

Warum planen wir uns jedes Jahr arm und freuen uns am Schluss über einen positiven Rechnungsabschluss?

Wir haben nicht ein Einnahme- oder Ausgabenproblem, sondern ein Planungsproblem.

Die Steuern sprudeln, aber die Schulden steigen

Die Dienststellen brauchen klare Vorgaben bei der Mittelanmeldung.

Die Planungsreife muss gegeben sein, damit Gelder bereitgestellt werden.

Bei Mehrjahresprojekten soll nur so viel Geld pro Jahr bereitstehen, wie vernünftigerweise auch verbraucht werden kann.

Bei den Baugebieten brauchen wir eine Priorisierung. Wir können nicht alles, was wünschenswert ist, auf einmal machen. Oberste Priorität hat für uns das ERBA-Areal und die Auwiesensiedlung im Hinblick auf Stadtentwicklung und LGS.

Wir haben den geplanten und begonnenen Baumaßnahmen und Investitionen bis auf Ausnahmen zugestimmt und sie mitgetragen. Sie führen zu einer Verbesserung der städtischen Infrastruktur.

Es fehlt nach wie vor eine Eröffnungsbilanz und die Entwicklung des städtischen Vermögens ist nicht nachvollziehbar.

Die Hauptsatzung entspricht nicht der geplanten Verwaltungsstruktur und dem Stellenplan.

Wir haben auch der Umstrukturierung der Verwaltung zugestimmt. Weisen aber darauf hin, dass nach unserer Auffassung bei Bewahrung der Struktur, die Hauptsatzung und der Stellenplan geändert werden müssen.

Unsere politischen Forderungen und Vorstellungen über die Weiterentwicklung unserer Kommune habe ich im Vortrag versucht darzustellen. Wir erwarten, dass diese Vorstellungen in der Verwaltung Gehör finden und in die Entwicklung der Gemeinde einfließen.

Wir können sie gerne auch als Anträge formulieren.

Anders als im Vorjahr wollen wir dem Haushaltsplan zustimmen in der Hoffnung, dass es sich tatsächlich um politische Zahlen handelt und die Realität wie in den letzten Jahren immer deutlich positiver ausfällt.